

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Dienstag, den 5. Juni 1894.

## Die Agrarkommission.

Die Lage der Landwirtschaft ist namentlich im letzten Jahre zum Hauptgegenstand der öffentlichen Diskussion, in den Parlamenten sowohl wie in der Presse geworden. Daß die Erörterungen an diesen Stellen, wo nur zu leicht parteipolitische und fraktionelle Einflüsse sich einmischen konnten, eher zur Verwirrung als zur Aufklärung und Verständigung geführt hatten, war ein Mißstand, den jeder Einsichtige um so mehr beklagen mußte, als dadurch die berechtigten Klagen und Wünsche unserer Landwirthe nur zu häufig in ein schiefes, entstellendes Licht gesetzt wurden, ihre Forderungen in der Aufregung des Parteikampfes ebenso häufig übers Ziel zu schießen drohten.

Um zu ermöglichen, daß die gegenüberstehenden Ueberzeugungen und Meinungen einander auf einem Boden begegneten, wo Sachlichkeit, Gründlichkeit und Billigkeit nach allen Seiten gewahrt blieben und die Erörterung auch wirklich zu nutzbringenden Schlüssen führte, hatte der Landwirtschaftsminister eine Reihe von hervorragenden Sachverständigen aus den Kreisen der Grundbesitzer, der Staatsbeamten und des Gelehrtenstandes nach Berlin berufen, damit diese sich über die im Interesse der Landwirtschaft zu ergreifenden Maßnahmen aussprechen möchten. Diese Männer haben vom 28. Mai bis zum 2. Juni im Bundesrathssaale des Reichstagsgebäudes getagt; die Ruhe und die Sachlichkeit, in der die Berathungen verliefen, bewiesen, daß hiermit die richtige Weise gefunden war, die Vertreter auch abweichender Anschauungen zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen und eine Verständigung über die Hauptpunkte herbeizuführen.

Diese Hauptpunkte, an denen die Agrargesetzgebung einsetzen muß, um die vaterländische Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten und vor Allem die durch Ueberschuldung wankend gewordenen Verhältnisse des Grundbesitzes wieder zu festigen, wurden gefunden in der allgemeinen Einführung des Unerbenrechts — so daß der Grundbesitz untheilbar bleibt und nur auf einen Erben übergehen kann —, in der Beschränkung der Verschuldbarkeit des Grundbesitzes und in der Ablösung der Hypothekenschulden durch Amortisationsrenten. Ueber diese Grundlagen war die Versammlung sich im Ganzen einig, wenn auch über die Einzelheiten der Maßnahmen, welche Gesetzgebung und Verwaltung zu treffen haben werden, die Meinungen auseinander gingen. Immerhin ist das Ergebnis der Konferenz, daß das zu bearbeitende Feld wesentlich geklärt wurde und Raum für die Bearbeitung der einzelnen Fragen geschaffen ist. Je nach dem Fortschreiten dieser Arbeiten behält sich der Landwirtschaftsminister — so erklärte er am Schlusse der Konferenz — die Einberufung einzelner sachkundiger Vertrauensmänner vor, und für späterhin ist noch die Wiederberufung der ganzen Kommission in Aussicht genommen.

Der erspriessliche Verlauf, den die Verhandlungen der Agrarkommission genommen hat, darf auch als eine gute Vorbedeutung für die zu schaffenden Landwirtschaftskammern gelten. Auch hier werden sich die Vertreter der verschiedensten Wirtschaftsformen und volkswirtschaftlichen Anschauungen zusammenfinden; die Gemeinsamkeit des Berufes wird aber auch hier das einigende Band bilden, und eine Verständigung wird nicht erschwert werden durch die hemmenden Einflüsse des politischen Parteiwesens. Auch für die Erhaltung des Friedens zwischen den einzelnen Erwerbsständen ist es nur von Gewinn, wenn sie innerhalb besonderer wirtschaftlicher Vertretungen sich erst selbst in Besonnenheit über Maß und Ziel ihrer Ansprüche einigen, ehe sie damit vor die politische Allgemeinheit treten, um sie gebührend geltend zu machen.

## Die Arbeiterentlassungen auf den Werften.

Vor sechs oder sieben Jahren drohte unserer Flotte die Gefahr, im Vergleich zu den Anstrengungen anderer Länder, wie Frankreich, Italien, Rußland, zu einem sehr bescheidenen Rang herabzusinken und ihren Aufgaben nicht mehr gerecht zu werden. Es wurde deshalb eine größere Anzahl von Ersatzbauten und Neubauten von Schiffen in Aussicht genommen, die in einem gewissen längeren Zeitraume nach einem bestimmten Plane hergestellt werden sollten. Hat dieser Plan auch mancherlei Aenderungen erfahren, so konnte doch unsere Marineverwaltung dank den Bewilligungen des Reichstags bis 1893 eine rege Schiffsbauthätigkeit entfalten.

Im vorigen Jahre waren von den vier im Jahre 1889/90 bewilligten großen Panzerschiffen noch zwei auf der Werft. Von fünf neuen Panzerfahrzeugen waren zwei vom Stapel gelaufen, die anderen noch auf Stapel. Schon damals machte der Staatssekretär des Reichsmarineamts darauf aufmerksam, daß sich viele Unbequemlichkeiten und große Schädigungen einstellen würden, wenn der Reichstag starke Abstriche an den damaligen, gegen die vorhergegangenen Jahre geringeren Forderungen vornehmen würde. Für unsere Leistungsfähigkeit zur See ist ein gleichmäßiger Gang des Werftbetriebs sehr wichtig. Ein schroffer Uebergang von einer Zeit reger Bauthätigkeit in eine solche, in der die Aufträge für Neubauten nicht nur, sondern auch für die nothwendigen Ersatzbauten fehlen, bringt noch empfindliche wirtschaftliche Nachtheile mit sich. Hierbei kommen nicht nur die staatlichen Schiffsbauplätze in Betracht, sondern auch zahlreiche Werke der Privatindustrie, die den Werften das Schiffsbauaterial roh oder halbfertig liefern und später auch am inneren Ausbau und der Armirung theilhaftig sind. Um einen gleichmäßigen Betrieb zu sichern, kann es nützlich sein, das eine Mal einen Ersatzbau ein Jahr aufzuschieben, das andere Mal einen an sich vielleicht noch aufschiebbarer Ersatzbau schon früher zu beginnen.

Der Reichstag verschloß aber leider sowohl im vorigen als auch in diesem Jahre den Gründen für zwei neue Ersatzbauten sein Ohr. Die unausbleibliche Folge zeigt sich jetzt in den viel beklagten Entlassungen eingeschulter Werftarbeiter. Wenn die Marineverwaltung auch mit der größten Schonung vorgeht, so bleibt sie doch an den Etat gebunden, der, so wie er ist, zu starken Einschränkungen des Werftbetriebes zwingt. Auf diese Folge war der Reichstag rechtzeitig aufmerksam gemacht worden, nicht nur durch die vorjährige Rede des Staatssekretärs der Marine, sondern auch durch unsern Kaiser selbst, der, wie jetzt aus parlamentarischen Kreisen verlautet, während des Winters bei verschiedenen Gelegenheiten zahlreiche Abgeordnete auf jenen schweren Uebelstand verwiesen hat.

Am Reichstage ist es, den begangenen Fehler so bald als möglich wieder gut zu machen und sich nicht zu einer überstürzten oder ruckweise arbeitenden, vielmehr planmäßig fortschreitenden Vervollkommnung unserer Flotte zu bekennen.

## Die Reichsfinanzreform.

Wie das Haus der Abgeordneten, so hat auch das Herrenhaus kurz vor Schluß des Landtags eine Resolution angenommen, welche das volle Einverständnis mit der Finanzpolitik der Staatsregierung und insbesondere mit deren Stellung zu der Finanzreform des Reichs ausspricht. Das Herrenhaus fordert, daß das Reich sich der Ansprüche auf die Finanzen Preußens über eine bestimmte Grenze der Matrikularbeiträge hinaus enthalte und nicht nur seine Bedürfnisse durch eigene Steuern decke, sondern hieraus auch noch Zuzahlungen an Preußen (wie an die übrigen Bundesstaaten) mache, die die Höhe der gezahlten Matrikularbeiträge übersteigen.